

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 68. JG, MÄRZ 2017

SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2017 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1



Gerstorfer:
Hinein ins
richtige Leben!
Seite 4

**Ziel: Arbeitszeits-
verkürzung**
Flexibilität
hat ihren Preis
Seite 11

Gute Arbeit schafft Zufriedenheit

Unser nächstes
Zuhause hat vor
allem eines:
Platz, viel Platz.*



**Die HYPO Wohubau-Finanzierung
erfüllt Wohnträume. Mit Top-Konditionen,
Beratung und Fördermöglichkeiten.*

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 76 39-54452

Wir schaffen mehr Wert.

WIR SIND
da, wo Sie
DAHEIM
sind.
SEIT 125 JAHREN



Leo Jindrak
Konditormeister
Linz

Spezialitäten aus der Region. Mein Erdgas von der Energie AG.

Regionale Partnerschaft lohnt sich. So wie die Konditorei Jindrak mit heimischen Spezialitäten Erfolg hat, setzt auch die Energie AG auf regionale Stärke. Als verlässlicher, heimischer Partner versorgen wir die Oberösterreicher nicht nur mit Strom, sondern auch mit Erdgas. Mehr darüber erfahren Sie unter www.energieag.at

ENERGIEAG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

 [.com/wirdenkenanmorgen](https://www.facebook.com/wirdenkenanmorgen)

In politischer Debatte bestehen

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Ende März hat die Bildungsorganisation der SPÖ Oberösterreich ihre Landeskonferenz durchgeführt. Dabei ging es einerseits um das Thema „Zukunft der Arbeit“ – der Uni-Professor Jörg Flecker aus Wien, Gerfried Stocker vom AEC und die SP-Landespartei-vorsitzende Birgit Gerstorfer haben referiert und diskutiert. Andererseits hat sich die Landesbildungsorganisation bei ihrer Konferenz aber auch mit ihren eigenen Aufgaben und Zielen beschäftigt. Diskutiert und vereinbart wurde ein zentraler Schwerpunkt für die Arbeit in den kommenden beiden Jahren: die Vermittlung von politischem Grundlagenwissen.

Jetzt kann man und frau – berechtigterweise – einwenden, dass das ja wohl stets die wesentlichste Aufgabe der Bildungsorganisation einer politischen Partei ist. Wir leben aber in „postfaktischen“ Zeiten! Donald Trump hat etwa bei seiner Angelobung eineinhalb Millionen Menschen ge-

sehen (oder mehr), die auf Fotos nicht zu sehen waren. Politisches Grundwissen für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen bedeutet nicht nur, derartigen Unsinn als bar aller Fakten zu erkennen. Politisches Grundwissen bedeutet zum Beispiel auch, allgemein akzeptierte Glaubenssätze hinterfragen und durchschauen zu können. „Die Globalisierung hat unseren Wohlstand vergrößert!“ wäre eine derartige Aussage. Die Zusatzfragen, ob wirklich der Wohlstand von allen vergrößert worden ist, muss nicht nur gestellt werden, in der politischen Debatte müssen SozialdemokratInnen sie beantworten können.

Nur so kann es gelingen, die richtigen politischen Antworten zu geben und in den alltäglichen Debatten zu bestehen. Klingt einfach und selbstverständlich, ist aber offenbar eine Herausforderung.

Wir wollen sie angehen!

„Auch allgemein akzeptierte Glaubenssätze müssen hinterfragt werden!“

Inhalt

- 4 Interview:** Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer erklärt die Hintergründe der Arbeitslosigkeit in Oberösterreich und notwendige politische Maßnahmen dagegen.
- 6 Arbeitszeit:** Dass die Arbeitszeit in Österreich viel weniger starr ist, als immer wieder behauptet, beschreibt Ökonomin Bettina Csoka.
- 8 EPU:** Doris Margreiter, Präsidentin des Wirtschaftsverbandes, fordert mehr Sicherheit für Einpersonenunternehmen.
- 9 Mindestlohn:** AK-Vizepräsidentin Elfriede Schober erklärt, warum ein höherer Mindestlohn gerade für Frauen so wichtig ist.
- 10 Arbeitsklima:** Sozialwissenschaftler Bernhard Mader betrachtet das Arbeitsklima in Österreich.
- 11 Regierung:** Über den geplanten Ausbau der Arbeitszeitflexibilisierung informiert Sozialminister Alois Stöger.
- 12 USA:** Mit wem Donald Trump Koalitionen schmiedet und warum, erläutert SP-Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobsberger.



„Raus aus den Gremien und hinein ins richtige Leben!“

Als Expertin für Arbeitsmarktfragen unterstützt die oberösterreichische Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer den wirtschaftspolitischen Kurs von Bundeskanzler Christian Kern. Was das für ihre Arbeit in Oberösterreich bedeutet, erklärt sie im Interview mit dem Bildungskurier.

Bildungskurier: Wie ist die aktuelle Situation am oberösterreichischen Arbeitsmarkt zu bewerten?

Birgit Gerstorfer: In Oberösterreich sind derzeit rund 53.000 Menschen ohne Arbeit, davon befinden sich rund 10.000 Personen in Schulungen. Das ergibt eine Arbeitslosenquote von knapp acht Prozent und ist nicht akzeptabel. Zwar gibt es einige Hinweise darauf, dass die Konjunktur langsam anspringt, aber es braucht dennoch eine massive Kraftanstrengung, um die Trendwende zu schaffen und die Arbeitslosigkeit wieder zu reduzieren. Ich halte das für eine Frage mit größter gesellschaftlicher Relevanz. Hohe Arbeitslosigkeit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer ganz besonderen Weise.

Bildungskurier: Die Arbeitslosigkeit ist ja schon seit einiger Zeit hoch – jedenfalls deutlich höher als wir es noch vor wenigen Jahren gewohnt waren. Sind das die Folgen der Wirtschaftskrise?

Birgit Gerstorfer: Ja, zum Teil liegt es an der schwachen Konjunktur. Die Beschäftigungszuwächse sind zu gering, um die Zuwächse beim Arbeitskräftepotential zur Gänze aufzufangen. In einer solchen Situation kann die öffentliche Hand mit Konjunkturprogrammen nachhelfen. Das macht doppelt Sinn, wenn der Konjunkturimpuls auch einen klaren Lenkungseffekt hat. Ein konkretes Beispiel: Natürlich kann man in den Ausbau der Straßen investieren und damit Jobs schaffen. Gleichzeitig wissen wir aber, dass wir den Individualverkehr auf der Straße reduzieren müssen. Daher macht es mehr Sinn, in den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zu investieren und damit zwei Probleme gleichzeitig anzugehen. Ähnliche Effekte könnten wir in Oberösterreich durch Investitionen in den sozialen Wohnbau er-

zielen, weil wir damit die horrenden Mietpreissteigerungen in den Griff kriegen. Bedarf gibt es auch in der Kinderbetreuung, in den Schulen oder aber auch beim Ausbau leistungsfähiger Internetanschlüsse.

Bildungskurier: Und woran liegt es noch?

Birgit Gerstorfer: Der zweite Teil der Antwort ist in der Struktur der Arbeitslosigkeit zu finden. Jeder/jede fünfte OberösterreicherIn wird rein statistisch betrachtet einmal im Jahr arbeitslos. Ein Großteil findet in kurzer Zeit einen neuen Job. Aber seit einiger Zeit steigt die durchschnittliche Suchdauer, also die Zeit zwischen Verlust der Arbeit und neuerlicher Arbeitsaufnahme, stark an. Das alarmiert mich, wie kaum ein anderer Indikator in der Arbeitsmarktstatistik. Die Suchdauer steigt nicht bei allen Gruppen gleich stark. Während manche davon gar nichts spüren und ohne größere Probleme von einem Job in den nächsten wechseln, gelingt das Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen oder auch Personen in höherem Alter immer schwerer.

„Die Arbeitslosigkeit nicht zu reduzieren kostet noch viel mehr.“

Bildungskurier: Was heißt das?

Birgit Gerstorfer: Das heißt, dass die Gefahr groß ist, dass diese Menschen dauerhaft an den Rand des Arbeitsmarktes – und damit oft auch an den Rand der Gesellschaft gedrängt und abgehängt werden. Die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit sind für die Betroffenen schlimm.

IM INTERVIEW



Birgit Gerstorfer:

Vor dem Wechsel in die Landespolitik im Sommer 2016 war Birgit Gerstorfer 26 Jahre lang in verschiedensten Funktionen im Arbeitsmarktservice aktiv, wo sie zuletzt die Landesgeschäftsführung des AMS Oberösterreich innehatte. Die Chefin der SPÖ Oberösterreich und Landesrätin für Soziales und Frauen gilt als ausgewiesene Arbeitsmarktexpertin.

Da geht es ja nicht nur ums Geld, da geht es auch um Anerkennung und Sinn. Aber auch die Folgekosten der Arbeitslosigkeit sind beträchtlich. In Österreich reden wir von rund acht Milliarden Euro. Die Arbeitslosigkeit zu reduzieren kostet klarerweise Geld, aber sie nicht zu reduzieren kostet über die Jahre gerechnet noch viel mehr.

Bildungskurier: Wird das neue Regierungsprogramm den Ansprüchen gerecht, die skizzierten Probleme an der Wurzel zu packen?

Birgit Gerstorfer: Viele Maßnahmen, die von der Sozialdemokratie in das neue Pro-

gramm verhandelt wurden, zielen genau auf diese Problemlagen ab. Die Wirtschaft wird durch ein ganzes Maßnahmenbündel zu mehr Investitionen und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze angeregt. Gleichzeitig gibt es mehr und bessere Programme für Menschen mit Vermittlungshemmnissen: Ich denke an die 20.000 neuen Jobs für Langzeitarbeitslose, die älter als 50 Jahre sind. Oder an den Ausbau des Case-Managements, eine intensive Betreuung, bei der wir Menschen Schritt für Schritt an die Anforderungen des Erwerbslebens heranführen. Ich selbst gehe in meiner Verantwortung als Sozial-Landesrätin einen ähnlichen Weg, indem ich das Case-Management gegenüber BezieherInnen der bedarfsorientierten

Mindestsicherung ausbauen will, um die Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu stärken.

Bildungskurier: Die SPÖ Oberösterreich plant ja ebenfalls eine Kampagne zum Thema Arbeit. Was erwartet uns?

Birgit Gerstorfer: Die SPÖ hat sich in den vergangenen Jahren viel mit sich selbst beschäftigt. Damit habe ich Schluss gemacht. Politik muss für uns SozialdemokratInnen viel stärker dort stattfinden, wo wir mit Menschen im direkten Gespräch stehen. Die Lösung heißt: raus aus den Hinterzimmern und Gremien und hinein ins richtige Leben. Wenn ich neue Leute kennenlerne und ins Gespräch komme,

dann ist das Thema Arbeit unglaublich präsent. Da geht es ums Gehalt – und schon kann ich als Sozialdemokratin den Mindestlohn diskutieren und erläutern, warum es den braucht. Da geht es darum, dass der Kindergarten nur zwischen 7 und 11.45 Uhr offen hat – und schon bin ich beim Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und kann die SPÖ-Konzepte dazu vorstellen und für Unterstützung werben. Genau darum geht es in der Kampagne: An die Lebensrealitäten der Menschen anzuschließen, ins Gespräch zu kommen, offen für Neues zu sein und über sozialdemokratische Ideen zu sprechen, wie wir uns gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen vorstellen.



Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer: „Politik muss für uns SozialdemokratInnen viel stärker dort stattfinden, wo wir mit Menschen im direkten Gespräch stehen.“

Brutaler Lohnraub und weniger Lebensqualität

Die aktuelle Arbeitszeitstudie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO widerlegt die Mär von der angeblichen Starrheit bei der Arbeitszeit. Dennoch scheint die Propaganda der UnternehmerInnen zu wirken.

BETTINA CSOKA

„Während des Experiments hatte das gesamte Personal mehr Energie. Ich konnte sehen, dass jede/r glücklich war“, sagt die 26-jährige Emilie Telander, Hilfspflegerkraft eines Göteborger Altenheims, zur BBC. Das Stadtparlament an der schwedischen Süd-Ostküste verkürzte die Voll-Arbeitszeit auf sechs Stunden pro Tag, verbunden mit einem Ausgleich beim Lohn und 15 zusätzlichen Pflegekräften. Der Arbeitsdruck wurde weniger, die Beschäftigten wurden seltener krank und hatten mehr Zeit für die zu Pflegenden. Initiiert wurde das für zwei Jahre geplante Experiment von der schwedischen Linkspartei unter Federführung des Kommunalpolitikers Daniel Bernmar, der Mitte Jänner 2017 auf Einladung von AK und Gewerkschaften an der Linzer Arbeitszeitkonferenz „Unsere Arbeit. Unsere Zeit.“ teilnahm.

Positive Langfristeffekte

Und nun? Die bürgerlichen Parteien und auch die sozialdemokratische Bürgermeisterin Göteborgs werden das Projekt aus Kostengründen nicht weiterführen. Dabei wurden die im Zuge von Arbeitszeitverkürzung und Personalaufstockung entstehenden Ausgaben (rund 630.000 Euro pro Jahr) etwa zur Hälfte durch den zehnpromtigen Rückgang von Krankenständen und Ausfallszeiten

„Ein 12-Stunden-Tag ist unsozial und ungesund.“

kompensiert. Positive Langfristeffekte, wie eine geringere Arbeitslosigkeit, noch nicht mit eingerechnet. Wie geht es Emilie damit? „Ich fühle mich viel müder als

vorher“, sagt sie. Sie habe nun weniger Zeit zum Kochen oder Lesen mit ihrer vier Jahre alten Tochter. Ein Fazit des Linkspolitikers Bernmar ist, dass die Nachhaltigkeit einer Arbeitszeitverkürzung die Kooperation mehrerer Ebenen brauche, von der Kommune bis zum Bund.

Das Thema Arbeitszeit ist hierzu-lande unter dem Schlagwort der Flexibilisierung Gegenstand politischer Debatten. Bundeskanzler Kern fordert im „Plan A“, den er im Jänner vorgestellt hat, die Einführung eines Rechts auf Wahlarbeitszeit, was die Arbeitenden zeitsouveräner machen würde. Er will aber auch die Ausdehnung der Höchst-Tagesarbeitszeit auf 12 Stunden bei Gleitzeit. In dem nur wenige Tage später präsentierten Arbeitsprogramm der Regierung werden die Sozialpartner aufgefordert, sich auf Flexibilisierungsmaßnahmen zu einigen, die die Interessen von Unternehmen und Arbeitenden berücksichtigen.

„Bereits jede/r Zweite in Österreich arbeitet abweichend von ‚typischen‘ Arbeitszeiten.“

Bereits jede/r Zweite in Österreich arbeitet abweichend von „typischen“ Arbeitszeiten, nämlich im Schichtbetrieb, am Abend, in der Nacht oder am Wochenende. Und das Arbeitszeitrecht ermöglicht bereits 12-Stunden-Tage. ÖVP, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung fordern aber Ausweitungen inklusive Ausdehnung des Durchrechnungszeitraums. Mitbestimmung von Betriebsrat und Gewerkschaft sowie Überstundenzuschläge wären dann

DIE AUTORIN:

Bettina Csoka, Ökonomin, ist beim Kulturverein Willy engagiert und beruflich in der AK tätig.



wohl passé. Dauerhaft langes Arbeiten ist unsozial und gesundheitlich belastend und daher abzulehnen. Das Wirt-

RECHTSLAGE SEHR FLEXIBEL

Dass die gültige Rechtslage ohnedies viel Spielraum für lange Arbeitszeiten beinhaltet, wird meist bewusst ausgeblendet: schon seit vielen Jahren sind 12-Studentage im Arbeitszeitgesetz geregelt, nämlich zur Verhinderung eines unverhältnismäßig hohen wirtschaftlichen Nachteils, wenn es einen vorübergehenden besonderen Arbeitsbedarf gibt und andere Maßnahmen nicht zumutbar sind. Das darf maximal 24 Wochen pro Kalenderjahr angewendet werden. Und es muss dazu eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden. In Betrieben ohne Betriebsrat kann in Einzelfällen eine schriftliche Vereinbarung dazu getroffen werden, unter der Voraussetzung arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit. Zudem wurde mit 1. Jänner 2016 das Arbeitsrecht dahingehend geändert, dass eine tägliche Höchstarbeitszeit von 12 Stunden bei aktiver Reisetätigkeit erlaubt ist.

schaftsforschungsinstitut WIFO warnt davor, 12-Stunden-Tage ohne speziellen Bedarf und ohne Betriebsvereinbarung auf alle auszuweiten, weil dies Ältere und Frauen am Arbeitsmarkt noch mehr belasten und benachteiligen würde. Nur mehr ständig verfügbare und die Fittesten können da noch mithalten.

Legalisierter Lohnraub

Roman Hebenstreit, Vorsitzender der Gewerkschaft benennt die Absichten: Es geht um rücksichtslosen Zugriff auf die Lebenszeit der Arbeitenden, und zwar ohne dafür zu bezahlen, also um brutalen Lohnraub. Und das noch dazu milliardenschwer. Setzt sich die profitgesteuerte Seite durch, dann würden die derzeit mehr als 250 Millionen (2015) geleisteten Über- und Mehrarbeitsstunden von vornherein nicht mehr als solche gelten. Den lohnabhängig Beschäftigten würden Zuschläge in Höhe von geschätzt rund zwei Milliarden Euro vorenthalten – das wäre wahrlich legalisierter Lohnraub. Von den gesamtwirtschaftlichen Folgeschäden des Nachfrageausfalls durch Kaufkraftmangel ganz zu schweigen.

Arbeitszeit-Vielfalt

Gesetz, Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen ermöglichen Flexibilität und schützen die Arbeitenden vor der Willkür des Chefs. Unsere Arbeitswelt ist geprägt durch überdurchschnittlich lang arbeitende Vollzeitbeschäftigte (meist Männer), teils ungewollt kurz beschäftigte TeilzeitarbeiterInnen (meist Frauen) und Null-Erwerbsarbeitszeit für Hunderttausende. Arbeitslosigkeit ist die unsozialste Form der Arbeitszeitverkürzung, die durch verlängerte Arbeitszeit noch verschärft würde.

Bewährte Innovationen wie die kollektivvertragliche Freizeitoption, bei der die Menschen zwischen mehr Geld oder mehr Zeit wählen können, oder das bestehende Recht auf Elternteilzeit, weisen den richtigen Weg hin zu mehr Zeitsouveränität. Dazu beitragen könnten etwa auch ein Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung für alle oder ein Recht auf Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit. In Norwegen gibt es ein Vollzeit-Rückkehrrecht aus der Teilzeit, zudem ein Vorzugsrecht von Teilzeitbeschäftigten auf Stundenaufstockung, wenn der Betrieb eine neue Vollzeit-Stelle ausschreibt.

Eine Angleichung der Stundenausmaße – eine kurze Vollzeit für alle – fördert Gesundheit, Motivation und die Arbeitsfähigkeit der Menschen. Über eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit will

**„Verkürzung
der Arbeitszeit ist
ein Ziel an sich.“**

auch Bundeskanzler Kern mittelfristig nachdenken (Plan A). Sie reduziert zwar nicht automatisch die Arbeitslosigkeit, dazu muss sie durch andere Instrumente begleitet werden. Als Beitrag zu einer höheren Lebensqualität ist sie ein Ziel an sich. Und nicht zuletzt ermöglicht uns der technische Fortschritt ein Zeitalter der Freizeit in Wohlstand für alle mit 3-Studentagen bzw. 15-Stundenwochen, so die Prognose von John Maynard Keynes Ende der 1920er Jahre. Die Verwirklichung dieser wirtschaftlichen Möglichkeit müssen wir erkämpfen. Damit (nicht nur) Emilie wieder mehr Kraft und Zeit für ihre Tochter hat.



Kürzere einheitliche Vollarbeitszeit fördert die Arbeitsmotivation.

Mehr Sicherheit für EPU

Die prekäre soziale Absicherung von Selbstständigen rückt mehr und mehr in den Fokus der politischen Diskussion. Die Forderungen von Bundeskanzler Christian Kern und der SPÖ setzen dazu wichtige positive Akzente.

DORIS MARGREITER

Wenn MitarbeiterInnen krank werden, dann bezahlen ArbeitgeberInnen deren Gehalt weiter. Diese Regelung gilt auch bei Arbeitsunfällen. MitarbeiterInnen haben also im Fall von Krankheit Anspruch auf Entgeltfortzahlungen. Ab dem 43. Tag übernimmt in der Regel die Versicherung das Krankengeld. Für kleine Betriebe mit weniger als 50 MitarbeiterInnen gibt es einen Zuschuss: 50 Prozent des Entgeltes werden dann von der AUVA bezahlt.

Entgeltfortzahlung NEU

Umgesetzt werden soll nun eine Staffelung nach Betriebsgrößen. Geplant ist, den Zuschuss für Kleinbetriebe (weniger als fünf MitarbeiterInnen) auf 100 Prozent und für Betriebe bis 10 MitarbeiterInnen auf 75 Prozent zu erhöhen. Davon profitieren (direkt oder indirekt) rund 290.000 KMU und EPU, also fast 90 Prozent aller Betriebe in Österreich. Das ist deshalb so wichtig, weil für kleinere Betriebe der Ausfall eines oder mehrerer MitarbeiterInnen existenzbedrohende Ausmaße annehmen kann: Projekte können nicht abgeschlossen werden, Bau-

stellen verzögern sich. Folgekosten durch verärgerte KundInnen, Abschlagszahlungen oder Klagen sind keine Seltenheit. Die Entgeltfortzahlung NEU stellt vor allem für diese Betriebe einen besseren Schutz dar und wird so einen großen Beitrag zu einer stabilen Wirtschaft und für sichere Arbeitsplätze leisten.

Kein Selbstbehalt mehr

Bei jedem Arztbesuch werden für Selbstständige 20 Prozent Selbstbehalt fällig. Warum eigentlich? Selbstständige zahlen den gleichen Krankenversicherungsbeitrag wie Unselbstständige (7,65 Prozent). Wer auf eigene Rechnung arbeitet, geht oft unbewusst deutlich über seine eigenen Grenzen hinaus. Dazu kommt, dass sich viele einen krankheitsbedingten Ausfall nicht leisten wollen bzw. können. Ein Selbstbehalt verstärkt diese Problematik nur noch weiter und schadet daher dem gesamten Gesundheitssystem, da höhere Folgekosten für verschleppte Behandlungen teurer kommen. Höchste Zeit, den Selbstbehalt abzuschaffen damit vor allem EPU zu entlasten, die heute bereits fast 60 Prozent der Gewerbetreibenden ausmachen.

DIE AUTORIN:

Doris Margreiter

ist dreifache Mutter und selbständig seit 2008. Seit 2014 ist sie Präsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes SWV OÖ und Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der SPÖ. Margreiter ist auch Vorstandsmitglied im Hauptverband der Sozialversicherungsträger.



Der Selbstbehalt in der SVA (Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft) bringt jährlich Mehreinnahmen von 54 Millionen Euro (2015). Das impliziert bei 565.717 Versicherten (Anspruchsberechtigte exklusive Kinder) Pro-Kopf-Einnahmen von 95 Euro pro Jahr. Da nicht alle Versicherten zum Arzt gehen, liegt die Belastung der tatsächlich Kranken natürlich höher.

Neuanfang ermöglichen

Wirtschaftliches Scheitern ist vielfach eine Folge alltäglicher Risiken (Arbeitslosigkeit, gescheiterte Selbständigkeit, Krankheit oder Scheidung usw.). Opfer dieser „modernen biographischen Risiken“ sollen nicht stigmatisiert werden, sondern eine Chance auf einen raschen Neustart erhalten. Die Verkürzung der Entschuldungsfrist (von fünf auf drei Jahre) und der Entfall einer Mindestquote (derzeit 10 Prozent) können einen raschen Neustart ermöglichen. Eine zweite Chance hat schließlich jeder verdient!

AUVA-ZUSCHUSS ZUR ENTGELTFORTZAHLUNG:

- bei Erkrankungen ab dem elften Tag der Entgeltfortzahlung, max. 6 Wochen im Jahr
- bei Arbeitsunfällen ab dem ersten Tag der Entgeltfortzahlung, max. 6 Wochen im Jahr



Ein-Personen-Unternehmen (EPU) machen bereits mehr als 60 Prozent der Gewerbetreibenden aus. Sie brauchen eine stärkere soziale Absicherung.

Warum ein höherer Mindestlohn gerade für Frauen so wichtig ist

Erwerbsarbeit kann viel bedeuten: unseren Lebensunterhalt verdienen, unser Leben strukturieren, teilhaben an gesellschaftlichen Prozessen, etwas Sinnvolles tun, aber auch Monotonie und Ausbeutung. Wie Arbeit bewertet und bezahlt wird, ist nicht immer nachvollziehbar. Fakt ist, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Und das muss sich ändern.

ELFRIEDE SCHOBER

Mit fast einem Drittel weniger Lohn muss eine berufstätige Frau hierzulande rechnen. Den österreichweit höchsten Einkommensrückstand – minus 38,5 Prozent – hat nach wie vor Oberösterreich. Ist doch klar, wenn so viele Frauen Teilzeit arbeiten, heißt es da oft. Schauen wir uns also den Einkommensunterschied bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung an. Der macht nämlich in Österreich immer noch mehr als ein Fünftel und in Oberösterreich sogar saftige 26,8 Prozent aus.

Alte Rollenmuster

Das hat viele Gründe: Frauen arbeiten oft in „Niedriglohnbranchen“, Frauen haben oft lange Berufsunterbrechungen, alte Rollenmuster halten sich hartnäckig, und es ist auch immer noch reine Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts im Spiel. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist leider noch nicht Realität. Und immer wieder fragt man sich: Ist die Arbeit eines Hedgefonds-Managers tatsächlich so viel mehr wert wie die Arbeit einer Frau in der Altenpflege?

„Zwei Drittel der unbezahlt geleisteten Arbeitsstunden gehen auf das Konto von Frauen.“

Aber nun zur Frage, warum in Oberösterreich mehr als die Hälfte der Frauen Teilzeit arbeitet. Ein Grund dafür ist sicherlich das unzureichende Angebot bei Kinderbetreuung und Pflege. Ein anderer Grund ist, dass in wesentlichen Frauenbranchen wie zum Beispiel dem Handel, kaum noch Vollzeitjobs angeboten werden. Die betroffenen Frauen verlieren

mehrfach: Sie verdienen weniger und bekommen im Alter weniger Pension. Zudem leisten sie noch jede Menge Haushalts- und Familienarbeit, vor allem, wenn sie „eh nur in Teilzeit“ berufstätig sind. Zwei Drittel der rund zehn Milliarden unbezahlt geleisteten Arbeitsstunden in Österreich gehen auf das Konto von Frauen. Auch das sagt einiges über die Bewertung von Frauenarbeit aus.

Unbezahlte Überstunden

Was können wir tun, damit die Arbeit von Frauen endlich ordentlich bewertet und entlohnt wird? Ein ganz wichtiger Punkt sind gute kollektivvertragliche Mindestlöhne. Von einer Generalvereinbarung über 1500 Euro Mindestlohn, profitieren österreichweit hunderttausende Frauen. Auch die korrekte Bezahlung von Überstunden und Mehrarbeitsstunden ist ein Thema: Frauen bekommen Überstunden öfter nicht bezahlt als Männer. Dabei geht es um Millionen unbezahlter Überstunden!

DIE AUTORIN:

AK-Vizepräsidentin **Efriede Schober**, Vorchdorf, arbeitet seit 1990 bei der Firma Miba Sinter Austria GmbH. Seit 2014 ist sie Betriebsratsvorsitzende. Sie ist Landesfrauenvorsitzende der PRO-GE OÖ sowie Mitglied des Landes- und Bundespräsidiums der PRO-GE.



Damit Frauen mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, ist ein weiterer Ausbau der Betreuungseinrichtungen unumgänglich. Nicht zu vergessen: Werden Pflege-, Betreuungs- und Gesundheitswesen – die Zukunftsbranchen schlechthin – ausreichend finanziert, kann diese wichtige Arbeit endlich auch adäquat entlohnt werden.



Wie Arbeit bewertet und bezahlt wird, ist oft nicht nachvollziehbar. Foto: AKOÖ

Arbeit und Zufriedenheit

Viele Faktoren beeinflussen die Situation am Arbeitsplatz. Gerade in einer Zeit, in der die Arbeitswelt im Umbruch ist, ist es wichtig, das Umfeld der Beschäftigten aktiv zu gestalten.

BERNHARD MADER

Seit der Industrialisierung wird versucht, die sich verändernde Situation in der Arbeitswelt zu beschreiben. Doch ob Arbeitslosenquote, Reallohnsteigerung oder Krankenstandstage – alle Kennzahlen treffen Aussagen über die Beschäftigten und lassen deren eigene Einschätzung außer Acht. Aus diesem Grund hat die Arbeiterkammer Oberösterreich vor 20 Jahren gemeinsam mit den Instituten IFES und SORA den österreichischen Arbeitsklima-Index entwickelt.

Pro Jahr werden rund 4000 Beschäftigte, repräsentativ für ganz Österreich, persönlich befragt. Aus 25 Fragen zu Arbeitszeit, Bedingungen am Arbeitsplatz, Stimmung im Betrieb und weiteren Indikatoren werden vier Teilindices berechnet, welche wiederum den Arbeitsklima-Index ergeben. Mit dieser einen Zahl kann die Zufriedenheit der Personen kompakt dargestellt werden.

Entwicklung des Arbeitsklimas

Als die Stimmung in Folge der Wirtschaftskrise in Österreich schlechter wurde, sank auch der Arbeitsklima-Index spürbar: Er fiel von seinem Höchstwert von 112 Punkten auf ein Fünfjahrestief von 107. Doch auch in den folgenden Jahren hat sich die Situation in der Arbeitswelt kaum stabilisiert.

Waren früher schlechte Gesundheitsbedingungen, Unfall- sowie Verletzungsgefahr und schlechte Führung die größten Belastungen für die ArbeitnehmerInnen, so hat sich in diesen Bereichen Vieles zum Besseren gewendet. Die Neuerungen im Arbeitnehmerschutz sowie eine geänderte Führungskultur zeigen Wirkung.

Schlecht sieht es jedoch mit den Ausichten auf dem Arbeitsmarkt aus. Sogar im Krisenjahr 2009 sahen fast zwei Drittel der jungen Menschen gute Chancen, falls nötig, wieder eine Stelle zu finden. Heute sehen das nur mehr 45 Prozent so. Früher waren etwa 60 Prozent überzeugt, dass sich Österreich wirtschaftlich gut entwickeln wird, heute schätzt das nur mehr die Hälfte der Bevölkerung so ein. Interessant dabei ist, dass die Entwicklung des eigenen Betriebes besser gesehen wird als die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Das zeigt, dass die Stimmungsmache der Wirtschaft gefruchtet hat. Die tatsächlichen Gewinne der Betriebe sprechen hingegen eine andere Sprache: Sie entwickeln sich prächtig.

Jederzeit und digital

Ganz klar die wichtigsten Themen sind heutzutage Arbeitszeit und Digitalisierung. Hier sind die ArbeitnehmerIn-

DER AUTOR:

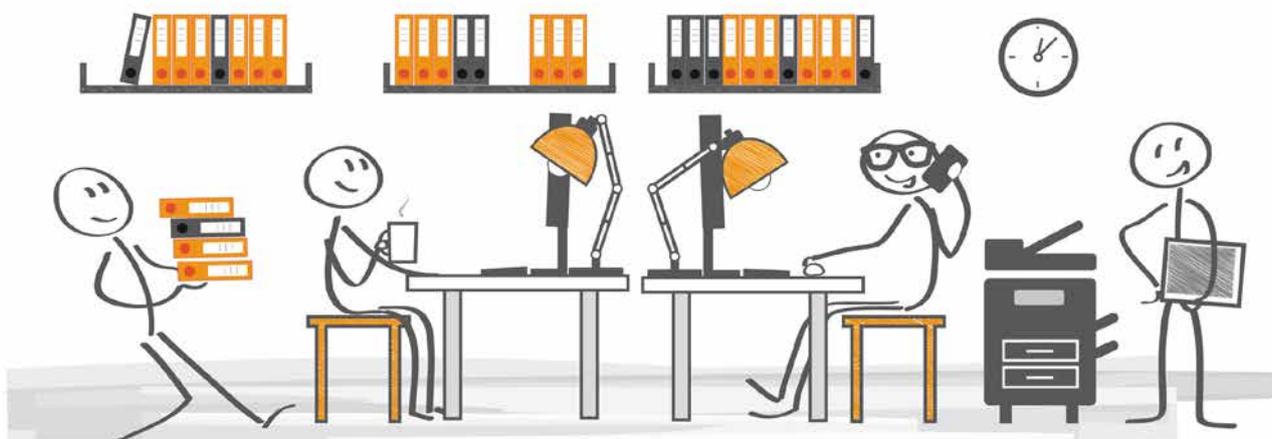
Bernhard Mader ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und forscht beruflich zum Thema Arbeitszufriedenheit.
www.arbeitsklima.at



nen längst so flexibel, wie es die Wirtschaft von ihnen erwartet: Fast ein Drittel arbeitet am Wochenende, zwei Drittel leisten Überstunden – jede/-r Sechste sogar häufig.

Jede/-r fünfte Beschäftigte hat Schicht- oder Wechseldienste – hier ist auch die Tendenz steigend, obwohl gesundheitliche Beschwerden häufiger auftreten. 15 Prozent haben ein dienstliches Smartphone, 23 Prozent arbeiten mehrmals pro Woche außerhalb der Dienstzeit und verbinden sich digital mit ihrem Arbeitsplatz. Kein Wunder, dass das Abschalten nach Dienstschluss oder auch im Urlaub für viele immer schwieriger wird.

Die Unternehmen müssen die psychischen Belastungen reduzieren, Arbeitszeit und Arbeitslast besser verteilen.



Tatsache ist, dass sich die Arbeitsbedingungen in Österreich verändern.
Die Herausforderung ist, die Arbeitswelt so zu gestalten, dass das Arbeitsklima nicht auf der Strecke bleibt.

Mehr Flexibilität hat ihren Preis

Die Sozialpartner haben zugesagt, bis zum Sommer ein Paket zur Arbeitszeitflexibilisierung auszuverhandeln. Bei der Neuregelung muss auch etwas für die ArbeitnehmerInnen heraus schauen.

ALOIS STÖGER

Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit ist nur vorstellbar, wenn die Interessen der Beschäftigten dabei gewahrt werden. Unser aktuelles System bietet zahlreiche Möglichkeiten, um die Regelarbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen auszuweiten. Das fängt bei Gleitzeitmodellen an, die einen 10-Stunden-Arbeitstag ermöglichen und reicht bis zu Schichtbetriebsmodellen für die Industrie. Auf Basis der Arbeitszeitgesetze werden die Lösungen auf betrieblicher Ebene abgeschlossen. Damit ist sichergestellt, dass die Anforderungen der einzelnen Branchen und konkreter Betriebe berücksichtigt werden.

Weniger Überstunden

In Österreich werden pro Jahr rund 250 Millionen Überstunden geleistet. Das entspricht insgesamt 150.000 Vollzeitarbeitsplätzen. Der Löwenanteil der geleisteten Mehrarbeitszeit (85 Prozent) entfällt auf größere Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten. Es geht darum, die Arbeitszeit so zu organisieren, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch die Beschäftigten die notwendige Flexibilität erhalten. Deshalb haben wir ein Wahlarbeitszeitmodell vorgeschlagen das in größeren Unternehmen umgesetzt werden könnte.

Von einem solchen Modell könnte auch der heimische Arbeitsmarkt profitieren. Durch den leichten Rückgang der geleisteten Überstunden (2009 wurden noch rund 310 Millionen Überstunden erbracht) in den vergangenen Jahren, ist die Beschäftigung in Österreich weiter gestiegen. Weniger Überstunden haben trotz des schwachen Wirtschaftswachstums zu unserem Beschäftigungswachstum beigetragen. Auch das ist ein Effekt der hier berücksichtigt werden muss.

Keine Einbahnstraße

Während Überstunden von den ArbeitnehmerInnen teilweise zur Einkommensaufbesserung auch gewollt werden, geben drei Viertel aller Überstundenleistenden an, auch ohne Lohn-

ausgleich weniger arbeiten zu wollen. Daher braucht es Regelungen, die auch den Beschäftigten die Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der Arbeitszeit ermöglichen. In vielen Fällen geht es da um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

„Beschäftigte und Unternehmen müssen von mehr Arbeitszeitflexibilisierung profitieren.“

Bis 30. Juni 2017 sollen die Sozialpartner ein Paket vereinbaren. Sollte sich in dieser Frage keine gemeinsame Lösung abzeichnen, wird die Bundesregierung

DER AUTOR:

Alois Stöger ist Mitglied der österreichischen Bundesregierung als Minister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

einen eigenen Vorschlag beschließen. ÖGB und Arbeiterkammer haben bereits klargestellt, dass die Arbeitszeitflexibilisierung keine Einbahnstraße ist und bei dem Paket auch etwas für die ArbeitnehmerInnen heraus schauen muss. Beschäftigte und Unternehmen müssen von mehr Arbeitszeitflexibilisierung profitieren. Die Sozialpartner werden sicher einen Vorschlag vorlegen, der die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützt.



Sozialminister Alois Stöger steht hinter der Forderung, dass bei einer Arbeitszeitflexibilisierung auch für die ArbeitnehmerInnen etwas heraus schauen muss.

Die Trump-Koalition

Seit wenigen Wochen ist Donald Trump im Amt – mit ersten Regierungsskandalen und „alternativen Fakten“. In Europa sind viele überrascht, dass er die Präsidentschaftswahlen in den USA gewinnen konnte und dass er seine Wahlkampfaußagen nun auch noch umsetzen will!

BERND DOBESBERGER

Es gab irgendwann die bizarre Diskussion darüber, ob Trump die meisten Wahlmänner seit Ronald Reagan gewonnen habe, wie er selbst behauptete. Hat er nicht. Die Wahlsiege bei den Wahlmännern waren bei Clinton, bei George W. Bush und bei Obama eindeutiger. Also Trumpsche „Fake-News“. Bei seiner Angelobung waren auch nicht eineinhalb Millionen Menschen oder mehr – wie er sagte. Auch „Fake-News“. Aber, dass er entsprechend dem amerikanischen Wahlsystem die Präsidentenwahlen gewonnen hat, das ist ein Faktum. Die spannende Frage ist auch nicht die, welche schräge Behauptung Trump als nächstes aufstellen wird. Spannend ist zuerst die Frage, warum er die Wahlen gewonnen hat und wer seine Wähler und Wählerinnen gewesen sind?

Die weiße Arbeiterklasse

Die gängige These lautet, dass für Trump die üblichen republikanischen Wählerinnen und Wähler gestimmt haben und große Teile der weißen Arbeiterklasse ihn ebenfalls unterstützten. Seit Jahrzehnten gibt es in der traditionellen us-amerikanischen Industrie einen doppelten Entwicklungsprozess. Einerseits gibt es einen massiven Rückgang der industriellen Fertigung, verbunden mit einem entsprechenden Rückgang der Industriearbeitsplätze. Andererseits gibt es – getrieben durch die Erwartungen der Shareholder – einen ständigen Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Ganze Regionen in den USA sind somit faktisch ausgegrenzt und zur Verelendung freigegeben. Insbesondere schlechtqualifizierte ArbeiterInnen erleben in vielerlei Hinsicht Einschränkungen ihrer Lebensperspektiven. Eine Studie von Ökonomen der Brookings Institution aus dem Jahr 2016 kommt zu dem Schluss, dass bei der Lebenserwartung

von Männern, die 1920 geboren sind, die Kluft zwischen den obersten zehn Prozent der EinkommensbezieherInnen und den ärmsten zehn Prozent sechs Jahre betragen hat. Und für die 1950 geborenen Männer dieser beiden Gruppen ist dieser Unterschied in der Lebenserwartung bereits auf 13 Jahre angewachsen. Dass die ärmeren Schichten, also auch die klassischen ArbeiterInnen, sich von der Politik der vergangenen Jahrzehnte

„Ganze Regionen in den USA sind faktisch ausgegrenzt und zur Verelendung freigegeben.“

nicht vertreten fühlen ist leicht nachvollziehbar. Ein wesentliches Politikmuster von Trump ist ein manchmal offener, manchmal verdeckter Rassismus, daher spricht er insbesondere die Angehörigen der weißen Arbeiterklasse an.

Haushaltseinkommen sinken

So kann das Wahlverhalten der weißen ArbeiterInnen und auch der weißen ArbeiterInnen erklärt werden. Aber warum geben fast 50 Prozent der WählerInnen Trump ihre Stimme? Auch hier hilft einmal ein Blick in die Entwicklung der sozialen Situation. Das McKinsey Global Institut, der Thinktank der gleichnamigen Unternehmensberatung (also keine „linklinke“ Einrichtung) hat erhoben, dass zwischen 2005 und 2014 etwa 81 Prozent der us-amerikanischen Haushalte mit sinkenden Markteinkommen ihr Auslangen finden mussten. Dieses Sinken der Haushaltseinkommen wurde zwar durch die Steuerpolitik und Sozialleistungen vermindert, ist aber eben doch ein fast allgegenwärtiges Phänomen in der amerikanischen Gesellschaft.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Die Prognose von McKinsey für die Entwicklung in den nächsten Jahren ist übrigens dramatisch. Das Absinken der Markteinkommen soll sich fortsetzen, aber auch das Gegensteuern der Staaten soll zurückgehen (keine „Forderung“ von den Unternehmensberatern, sondern ihre „Prognose“). Eine deutliche Mehrheit der gesamten Bevölkerung wird sich davon betroffen fühlen und dem in den vergangenen Jahrzehnten dominierenden Politikmodell (zurecht) misstrauen.

WählerInnen verunsichert

Wenn das Wirtschafts- und Politikmodell einer Demokratie stabil sein soll, dann bedarf es der Zustimmung der breiten Mehrheit der Wähler und Wählerinnen zum dominierenden System. In den USA war diese Stabilität über Jahrzehnte hinweg gegeben: Die beiden Parteien trugen gemeinsam und ohne große Differenzen den politischen Way of Life und die ausgegrenzten Unterschichten gingen nicht wählen. Auch in den USA setzte sich ab den 1980er Jahren der Neoliberalismus als vorherrschendes Politikmodell durch, getragen von Republikanern und Demokraten, unterstützt von der großen Mehrheit der Wähler und Wählerinnen. Die drastisch wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft, die sinkenden Einkommen und Lebenschancen in der Mittelschicht und die allgemeine Krisenhaftigkeit der Entwicklung haben die Zustimmung zu diesem politischen

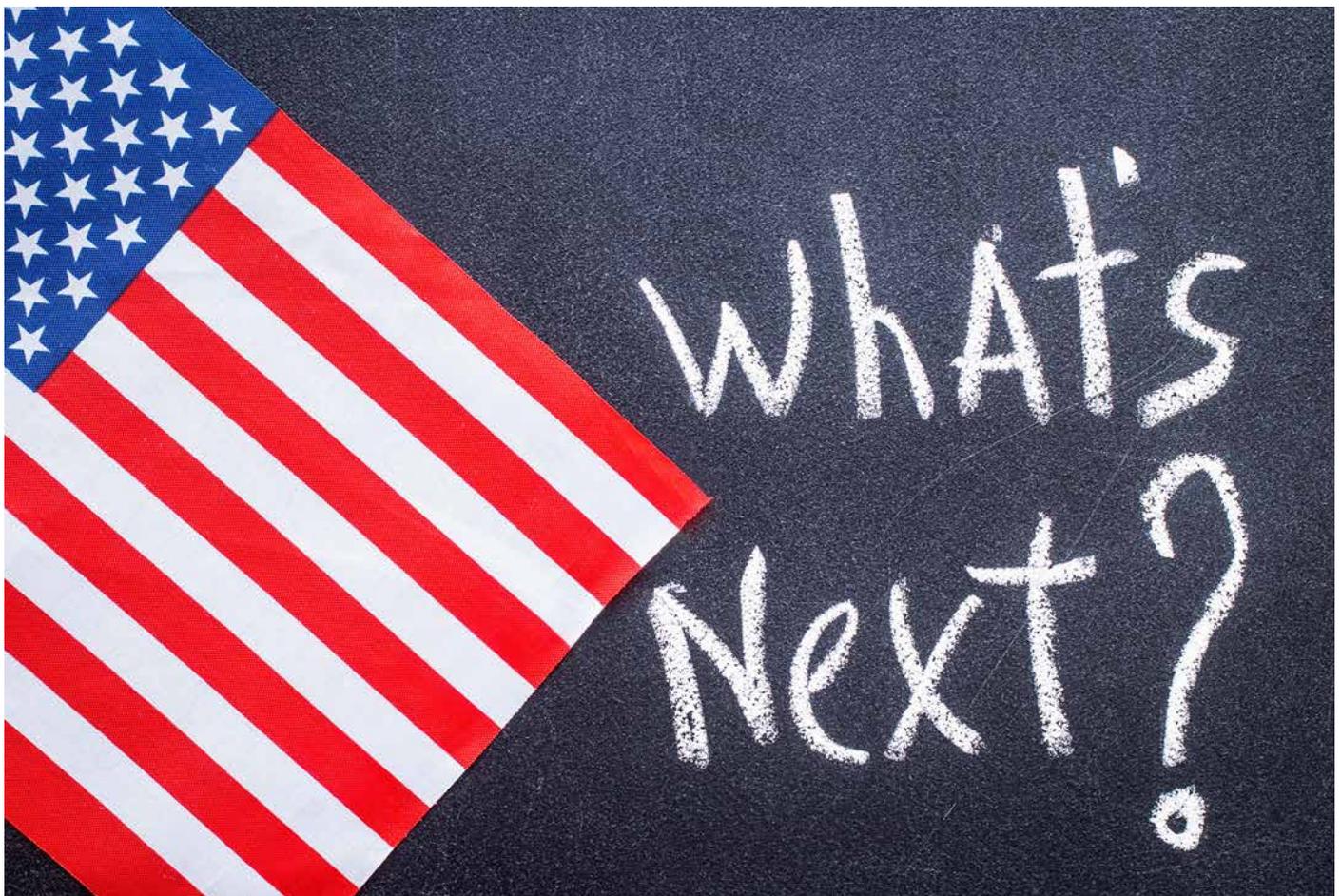
Modell deutlich sinken lassen. Schon der Aufstieg der Tea-Party-Bewegung innerhalb der Republikanischen Partei seit 2009 war Ausdruck dieser Entfremdung wachsender Gruppen innerhalb der Bevölkerung von der etablierten Politik. Trump war also nicht bloß ein passendes „Angebot“ für die weißen ArbeiterInnen, sondern auch für die verunsicherte Wählerschaft der Mittelklasse.

Politik für die oberen Zehntausend

Gerade in den Vereinigten Staaten war es immer so, dass zumindest ein wesentlicher Teil der Reichen und Mächtigen eine politische Kandidatur unterstützen mussten, um dieser Wahlbewerben auch Siegchancen zu geben. Und zumindest in der Darstellung der Medien schien es so, dass diese Unterstützung des großen Geldes Trump verwehrt blieb. Begründet wurde dies immer mit Trumps Kampf gegen die Globalisierung und den Freihandel. Während des Wahlkampfes gab es in den Medien auch im-

mer wieder Berichte, dass Trump kaum große Wahlkampfspenden bekommen würde. So wirklich klar ist bis heute auch nicht, wie die Wirtschaftspolitik von Trump aussehen wird. Angekündigt ist ein großes Investitionsprogramm um die völlig marode Infrastruktur (Straßen, Brücken, Stromnetze etc.) zu erneuern. Das ist nicht nur im Interesse des Wirtschaftsstandorts insgesamt, sondern hilft der Bauindustrie, den Baumaschinenproduzenten usw. Mit seiner Ablehnung des Klimaschutzes hat Trump die Unterstützung der Öl- und Kohleindustrie. Seine massive Steigerung der Militärausgaben findet ohne Zweifel die Zustimmung der Rüstungsindustrie. Damit ist klar, dass sein Politikmodell die Akzeptanz wesentlicher Teile des großen Kapitals findet. Und Trumps Absichtserklärung, die Regulierungen der Finanzindustrie, die nach der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 unter Obama eingeführt wurden, wieder zurückzunehmen, verschafft ihm zweifellos Unterstützung

in der Wall Street. Die Internet-Industrie (von Amazon über Google bis Facebook) hat aber klar gegen die geplante restriktive Einreisepolitik protestiert, offen ist daher, ob Trump und diese Branche nicht einen „Deal“ machen werden, der für beide Seiten akzeptabel ist. Wenn man die sozialen und wirtschaftlichen Interessenslagen und die Haltung zur Politik von Trump betrachtet, dann drängt sich fast der Schluss auf, dass dieses Politikmodell das neoliberale System der vergangenen vier Jahrzehnte ablösen könnte. Und dieses neue Modell hat die wichtigen Bestandteile Nationalismus, dichte Grenzen, die Vorherrschaft der weißen US-AmerikanerInnen und eine Besserung der Infrastruktur. Damit ist aber auch klar, dass weder die Löhne steigen werden, noch die soziale Absicherung der Mittelklasse oder gar die der Unterschichten verbessert wird. Es profitieren die „oberen Zehntausend“, das ist dann nichts Neues und Donald Trump sieht ziemlich alt aus.



Es ist klar, dass in den USA unter Donald Trump weder die Löhne steigen werden, noch die soziale Absicherung der Mittelklasse oder gar die der Unterschichten verbessert wird.

Rufseminar-Broschüre NEU:**Workshops und Trainer auf Abruf**

Die aktualisierte Rufseminar-Broschüre wurde dieser Tage neu aufgelegt. Das breitgefächerte Angebot – von der Moderation- bis zur ExpertInnen-Anforderung – kann von den Parteiverantwortlichen kostenlos beim Renner Institut OÖ angefordert werden. Im Rufseminar-Programm befinden sich selbstverständlich die Standards wie Moderation, Rhetorik und SPÖ-Geschichte. Passend zu den aktuellen Kampagnen gibt es aber auch dazu Ruf-Workshops. Sowohl zum Thema „Arbeit“ als auch zum „Plan A“ können ReferentInnen angefragt werden.

Einfach Email an alexandra.kneidinger@spoe.at senden oder anrufen unter 05/7726-1116, Termin vereinbaren und die Veranstaltung selbst abwickeln. Die Rufseminar-Broschüre kann unter derselben Kontaktadresse bestellt werden.



TrainerInnen, ModeratorInnen und ReferentInnen können beim Renner Institut OÖ kostenlos abgerufen werden.

Die Junge Generation der SPÖ OÖ Thema Arbeit



Stadt
Land
Zukunft

Die Junge Generation in der SPÖ OÖ hat sich bei ihrer letzten Landeskonferenz im Leit Antrag ganz dem Thema Arbeit gewidmet und unter anderem darauf verständigt, sich für faire Arbeitsbedingungen sowie die Aus- und Weiterbildung junger Menschen verstärkt einzusetzen. Unser Land profitiert von der innovativen und modernen Arbeitskraft. Deshalb ist es wichtig, dass für diese kreativen Köpfe eine gute Arbeitsumgebung in Oberösterreich vorhanden ist und auch weiterhin ausgebaut wird. Die Unterstützung der Forschung und Entwicklung dient

natürlich auch zur Standort- und gleichzeitig zur Arbeitsplatzhaltung. Die Lehrlingsausbildung gehört einer Neustrukturierung unterzogen. Hierzu zählt zum Beispiel die Verbesserung der Qualität der Ausbildung sowie generell mehr finanzielle Mittel für Lehrlinge. Ebenso müssen der Job und das Leben vereinbar sein. Daher braucht es faire Arbeitsbedingungen! Darunter versteht sich eine gerechte Entlohnung – genauso wie Arbeitszeiten, die mehr zeitliche Kapazitäten für Familie, FreundInnen und Freizeitaktivitäten ermöglichen.

SPÖ Bildung/SLÖ**Jahresabschlussfeier**

Der traditionelle Ablauf der Jahresabschlussfeier der Landesbildungsorganisation wurde im Jahr 2016 verändert. Kein typisches Kulturprogramm war der Einstieg in die Feier, sondern die Redebeiträge der anwesenden PolitikerInnen – vergnüglich moderiert von Landesbildungsvorsitzendem Bernd Dobesberger. Musikalisch mitgestaltet wurde dieses Programm von den Polit-Haudegen der Gruppe „Free Willy“ rund um Christian „Gigs“ Buchinger.

Redebeiträge kamen von Landesparteivorsitzender LR Birgit Gerstorfer, von der allerhand Interessantes über ihre Weihnachtsbräuche zu erfahren war, dem Bundesbildungsvorsitzenden und Wiener Stadtrat Michael Ludwig sowie von Landesgeschäftsführerin Bettina Stadlbauer. Das Publikum genoss sowohl die einzelnen Auftritte als auch das anschließende kulinarische Programm samt angeregtem Austausch untereinander. Erstmals wurde 2016 die Jahresabschlussfeier gemeinsam mit dem SLÖ veranstaltet.



Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger und Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer bei der stimmungsvollen Jahresabschlussfeier 2016.

SPÖ Landesfrauenorganisation OÖ

Marie 2017 – Frauenratgeberin kostenlos erhältlich



Landesfrauengeschäftsführerin Monika Rainer und Landesfrauenvorsitzende Sabine Promberger mit dem Frauenratgeber „Marie“.

Die neue Landesfrauengeschäftsführerin Mag.^a Monika Rainer und Landesfrauenvorsitze LAbg. Sabine Promberger präsentieren die neue Marie – ein übersichtliches, nach Stichworten alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk für Frauen.

Die Servicebroschüre der SPÖ Frauen OÖ ist im Landesfrauenbüro (Tel.: 05 7726 1127; frauen-ooe@spoe.at) sowie in den SPÖ-Bezirksgeschäftsstellen erhältlich.

Online: ww.isuu.com/spoe-frauen-ooe.

Landesfrauengeschäftsführerin Mag.^a Monika Rainer

Geboren am 16.03.1984

Verheiratet, 2 Kinder (Tochter 9, Sohn 6 Jahre)

Soziologie-Studium an der JKU Linz

Master of Business Administration am Schumpeter Institut

Politischer Werdegang:

Seit 7 Jahren Gemeinderätin

SPÖ-Ortsparteivorsitzende in Alkoven

und Bezirksparteivorsitzende-Stellvertreterin

Seit 2015 Vizebürgermeisterin der Gemeinde Alkoven

Der 21-jährige Freistädter Thomas Pilgerstorfer folgt Manuel Stolz als Landessekretär der SJ OÖ

Personalwechsel in der SJ Oberösterreich

Manuel Stolz war knappe 4 Jahre lang Landessekretär der SJ OÖ. In seiner Zeit setzte er zahlreiche Kampagnen und Events um und formte das Bild der SJ maßgeblich.

Von nun an leitet Thomas Pilgerstorfer, der in Freistadt maturierte, das SJ Büro. Einen besonderen Fokus wollen er und die SJ in den nächsten Monaten auf das Thema Arbeitszeitverkürzung setzen. „Steigende Überstunden, hohe Arbeitslosigkeit und geringe Löhne – das können wir nur mit Arbeitszeitverkürzung bekämpfen, bei vollem Lohnausgleich natürlich“, gibt sich der neue Landessekretär motiviert.

Für Infos zur Arbeit der SJ, den zahlreichen Workshopangeboten oder für Reservierungen der „Smash it up“-Mietangebote (Riesenwuzzler, Soap-Slide-Plane, Bull Riding...) steht Thomas jederzeit unter thomas.pilgerstorfer@sj-ooe.at oder 05 / 77 26 11 702 zur Verfügung.



Der neue SJ-Sekretär Thomas Pilgerstorfer mit seinem Vorgänger Manuel Stolz.

**Landesgeschäftsführerin der SPÖ OÖ
Bettina Stadlbauer:**

Kampagne Arbeit

Frage 1: Um was geht es bei der Kampagne Arbeit?

Wir wollen mit dieser Kampagne die SPÖ Oberösterreich wieder klar als DIE Partei der Arbeit positionieren. Wichtig ist auch, dass der Bekanntheitsgrad unserer Parteivorsitzenden Birgit Gerstorfer gesteigert wird.

Zusätzlich wollen wir möglichst viele Menschen zum Mitmachen motivieren – mit verschiedensten Aktivitäten. Außerdem ist es unser Ziel, mit vielen Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern ins Gespräch zu kommen.

Frage 2: Was soll sie bewirken?

Wir haben uns lange genug mit uns selbst beschäftigt. Damit ist nun Schluss. Wir wollen in die Offensive gehen und den Menschen im Land deutlich machen, dass es einen starken Gegenpart zu der schwarz-blauen Landesregierung braucht. Den Bürgerinnen und Bürgern muss klar sein, dass wir immer für sie da sind, wenn sie unsere Unterstützung brauchen. Das Thema Arbeit war immer ein Kernthema der SPÖ, das muss den Menschen jetzt wieder verstärkt deutlich gemacht werden.



Bettina Stadlbauer ist seit September 2016 Landesgeschäftsführerin der SPÖ Oberösterreich.

Frage 3: Wie merken wir, dass sich was bewegt?

Bei unserer großen Kampagne ist es wichtig, dass sich so viele Mitglieder wie möglich beteiligen. Dann bewegt sich auch etwas. Alle sollen mitmachen – von der Landespartei bis zu den Ortsorganisationen. Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, ist viel möglich. Es bewegt sich auch was, wenn die SPÖ Oberösterreich bei den Menschen im Land wieder verstärkt positiv im Gespräch ist.

© Felicitas Matern

DO 27.04.
WERNER GRUBER
PHYSIK DES FRÜHSTÜCKENS

KABARETT | VORTRAG
BEGINN: 19:30 UHR
EINLASS: 19:00 UHR
VVK: 23€* | AK: 26€*
* zzgl. Gebühren

C
CENTRAL

© Ingo Peitrammer

FR 12.05.
CHRISTOPH & LOLLO
DAS IST ROCK'N'ROLL

MUSIKKABARETT
BEGINN: 20:00 UHR
EINLASS: 19:30 UHR
VVK: 23€* | AK: 26€*
* zzgl. Gebühren